



EvB

Erklärung von Bern

Dichiarazione di Berna

Déclaration de Berne

Medienkonferenz "PUBLIC EYE AWARDS 2009" vom 15. Januar 2009 in Bern
Andreas Missbach, Experte für Unternehmensverantwortung, Erklärung von Bern

Ein Quantum Trost: Das Pendel schlägt zurück

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Thema der Regulierung von Konzernaktivitäten im Schnellzugstempo zurück auf die internationale Agenda gesetzt. Die Financial Times brachte es auf den Punkt, als sie bilanzierte: „Grossflächiges regulatorisches Versagen ist zweifellos im Zentrum dessen, was passierte“. Das Verhältnis zwischen Unternehmen und Staat hat sich grundsätzlich und dramatisch verändert. Haben sich die Konzerne in den vergangenen Jahren in Davos als globale Problemlöser feiern lassen, hängt heute nicht nur der Finanzsektor direkt am Tropf von Steuergeldern. Zudem ist klar geworden, dass die Krise vom Privatsektor alleine, ohne staatliche Stützung, nicht eingedämmt, geschweige denn gelöst werden kann. Jene Kreise, die den Staat vor kurzem noch in der Badewanne ertränken wollten, stellen sich jetzt in die Reihe und betteln um steuerfinanzierte Almosen. Das Zepter ist eindeutig zurück bei der demokratisch legitimierten Politik und damit haben nun auch wieder mehr Leute mitzureden als die Kaste der Topmanager.

Zurück in die Zukunft, und zwar subito

Neu ist das Thema der Regulierung von Unternehmen nicht. Bereits in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde im Rahmen der UNO über einen Verhaltenskodex für transnationale Konzerne verhandelt. Dabei entstand ein Textentwurf, der festhält, dass transnationale Unternehmen die Entwicklungsziele ihrer Gastländer respektieren und deren Gesetze einhalten sollen, dass sie die Menschenrechte achten und Korruption vermeiden sowie dem Konsumenten- und Umweltschutz Nachachtung verschaffen müssen. Die Diskussionen um diesen wegweisenden Kodex für Konzerne versandeten nach der Reagan-Revolution in den 80er Jahren. Und 1993 erwirkten die USA gar die Auflösung jenes „UN Centre on Transnational Corporations“, das diese Verhandlungen geleitet hatte. Es folgten Jahre des Roll-Back: Investitionen ausländischer Konzerne wurden, zum Beispiel vom WEF, als gleichbedeutend mit Entwicklung präsentiert. Und die Regierungen des Südens unterboten sich gegenseitig mit Steuerbefreiungen und Sonderkonditionen um Investitionen anzuziehen.

Aus der Situation der 90er Jahre schliesslich, in denen jeglicher politische Wille für mehr Konzernkontrolle fehlte, wurde der fatale Fehlschluss gezogen, man könne sie gar nicht bändigen. Deshalb seien Unternehmen verpflichtet, freiwillig bzw. aus „aufgeklärtem Eigeninteresse“ sozial und ökologisch verantwortlich zu handeln. Das auf dieser Annahme fussende Abkommen zur globalen Selbstregulierung der Konzerne heisst „Global Compact“ und wurde vom damaligen Uno-Generalsekretär Kofi Annan vor exakt zehn Jahren lanciert -- bezeichnenderweise am WEF. Er umfasst neun Prinzipien in den Bereichen Menschen-, Arbeitsrechte und Umwelt, zu deren Unterstützung sich Unternehmen mit ihrem Beitritt freiwillig verpflichten sollen. Weil er weder klare Ziele, Massnahmen noch Sanktionsmechanismen enthält, dient der Global Compact seinen Mitgliedsunternehmen als schmerzloses Feigenblatt.

„Accountability“ als Widerspruch der Zivilgesellschaft

Ebenfalls vor zehn Jahren scheiterten die WTO-Verhandlungen im legendären Tränengasnebel von Seattle. In der Schweiz entflamte in der Folge eine heftige Kontroverse um ein zuvor kaum beachtetes alpines Gipfeltreffen von Managern. Bereits sechs Wochen nach Seattle nahm die Erklärung von Bern (EvB) mit dem ersten Public Eye im Januar 2000 das bis dahin

nur Insidern bekannte World Economic Forum unter die Lupe. Fazit unserer ersten Gegenveranstaltung war: „Die WEF-Teilnehmer haben die Lektion von Seattle nicht gelernt.“ Die Kritik am Mainstream der Debatte um „Corporate Social Responsibility“ (CSR) wuchs, nachdem auch der UNO-Umweltgipfel von Johannesburg 2002 freiwillige Initiativen als einziges Mittel zur Bewältigung globaler Probleme propagierte. Dort forderten KritikerInnen aber auch „Corporate Accountability“ und eine Uno-Konvention zur Konzernregulierung, die es immerhin bis zu einer Nennung in der Abschlussdeklaration schaffte. Accountability ist ein schillernder, unübersetzbarer Begriff. Seine Bedeutung schwankt zwischen Verantwortlichkeit, Zurechnungsfähigkeit und Rechenschaftspflicht. Von einer „Accountability-Bewegung“ mit einer *unité de doctrine* kann zwar (noch) nicht gesprochen werden, aber es gab und gibt gemeinsame Kernforderungen wie Transparenz, Konsultation von Betroffenen und keine Straflosigkeit für Konzerne, die mitschuldig sind an Umweltzerstörung oder Menschenrechtsverletzungen, auch wenn im betroffenen Land der Wille oder die Mittel fehlen für juristische Sanktionen.

Blinde Flecken ausgeleuchtet

EvB und Public Eye brachten diese Forderungen ins kalte Davos und deponierte sie vor den Toren des WEF. Zugleich beleuchteten wir die blinden Flecken der inzwischen im Mainstream angekommenen CSR-Debatte. Zum Beispiel Steuern: In ihren glanzvollen CSR-Berichten verlieren Konzerne zumeist kein Wort über ihre Steuerzahlungen. Der Grund: Sie minimieren oder unterschlagen mit Hilfe von Beratungsfirmen und Briefkastenfirmen in Steueroasen ihren Beitrag an die Gemeinwesen. Und gleichen häufig immer noch – in den Worten von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz – einem Robin Hood, der von den Armen nimmt, um den Armen zu geben. Die EvB hält deshalb fest: „Gesellschaftlich verantwortliche Unternehmen verzichten auf Steuervermeidung.“

Und wir beleuchteten das Thema Lobbying, eine weitere Leerstelle der CSR-Diskussion. Einzelne Konzerne gehen vordergründig zwar Schritte in die richtige Richtung, delegieren die Drecksarbeit dafür aber an Branchenverbände und Lobbyisten. Trotz Stakeholder-Geflunker und „Corporate Citizenship“-Rhetorik gelten hier weiter knallhart kurzfristige Profitinteressen. Und die Finanzkrise zeigt: Ohne aggressives Lobbying, unterfüttert durch Wahlkampfspenden und politische Einflussnahmen der Bankspitzen wären Deregulierung bzw. zahnlose Selbstregulierung im Finanzsektor so nie möglich gewesen.

Green New Deal Now

Das WEF war immer das Reich freiwilliger Verpflichtungen und billiger Wohltätigkeit. Und es ist die Mutter aller Lobbies, nur mit umgekehrten Vorzeichen: Normalerweise bearbeitet ein Lobbyist 20 Politiker; im Davoser Kongresszentrum kommen auf eine Politikerin mindestens 20 Interessenvertreter der Global Player. Exakt diese Kaste repräsentiert das WEF, und exakt diese Kaste hat das aktuelle Debakel zu verantworten. Goldman Sachs, Lehman Brothers, Merrill Lynch und Morgan Stanley waren 2008 alle noch „Strategic Partner“ des WEF. Die Frage lautet also: „Kaufen Sie diesen Leuten einen Gebrauchtwagen ab?“ Gewiss nicht, und erst recht nicht die Reparaturanleitung für die von ihnen gegen die Wand gefahrene Weltwirtschaft.

Aber der Welt droht neben einer globalen Rezession ja auch der Klimakollaps. Um beiden Krisen wirksam zu begegnen, braucht es jetzt einen ökosozialen „New Deal“. Die ohnehin nötigen staatlichen Ausgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft müssen in Energiespartechnologien, CO₂-freie Energien und eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur fliessen. Idee und Begriff des „Green New Deal“ stammen von britischen NGOs; inzwischen propagiert sie aber auch UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon. Klar ist: Der Druck von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien muss anhalten, um die staatlichen Konjunkturprogramme in die richtige Richtung zu lenken. Das Weltsozialforum, welches zeitgleich mit dem WEF im brasilianischen Belem stattfindet, ist dieses Jahr deshalb wichtiger denn je.

Unsere Forderung an die WEF-Teilnehmer: Treten Sie leise, halten Sie sich heraus und sabotieren Sie nicht die eben erst angelaufene Regulierungsdebatte. Das WEF ist die soziale Blase der geplatzten Finanzblase und als solche kontraproduktiv. Sein Geschäftsmodell hat sich überlebt, seit sich das Machtverhältnis von Unternehmen und Staat umgekehrt hat. Wenn auch diese letzte Blase platzt, schmerzt das ausserhalb von Coligny definitiv niemanden.